

10.12.2018

Niederschrift 006/2018

Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung

am 19.11.2018 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal C.002-C.003 |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 18:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Chur

Kreistagmitglieder SPD

Herr Martin Blom

Herr Jürgen Kerl

Anwesend bis 17.50 Uhr

Herr Gerd Oldenburg

Herr Hans-Jörg Piasecki

Frau Margarethe Strathoff

Vertretung für Frau Marie-Louise Scheideler

Anwesend bis 17.45 Uhr

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Rainer Goepfert

Kreistagmitglieder CDU

Herr Carsten Böckmann

Frau Annika Dresen

Herr Olaf Lauschner

Herr Gerhard Meyer

Vertretung für Herrn Marco Morten Pufke

Frau Ursula Schmidt

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Hubert Hüppe

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Jochen Nadolski-Voigt

Anwesend bis 18.30 Uhr

Sachkundige Bürger/innen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Patricia Esther Morgenthal

Anwesend ab 16.30 Uhr

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Frau Insa Bußmann

Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Kunibert Kampmann

Kreistagmitglieder FW

Herr Helmut Stalz

Anwesend bis 18.40 Uhr

Beratendes ordentliches Mitglied FDP

Herr Julius Will

Gäste

Herr Thorsten Schmitz, Geschäftsführer (AWO) BILDUNG+LERNEN gGmbH

Frau Michaela Nürnberger, Einrichtungsleitung (AWO) BILDUNG+LERNEN gGmbH

Herr Oliver Mendyk, Geschäftsführer party-men GmbH

Frau Corinna Mantaj, Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung GmbH (con_sens)

Verwaltung

Herr Torsten Göpfert, Dezernent

Frau Heidi Bierkämper-Braun, Gleichstellungsbeauftragte

Herr Norbert Diekmännken, Fachbereichsleiter

Herr Jan Stefan Eggert, Sachgebietsleiter

Frau Birgit Diers, Schriftführerin

Abwesend:

Kreistagmitglieder SPD

Frau Renate Jung

Sachkundige Bürger/innen SPD

Frau Marie-Louise Scheideler

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Marco Morten Pufke

Frau Chur begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Sie teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 08.11.2018 verschickt wurde. Da sich auf ihre Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt sie die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | |
|----------------|---|
| Punkt 1 | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | Vorstellung des Inklusionsprojektes "NeuEinstellung" der Arbeiterwohlfahrt (AWO) BILDUNG+LERNEN gGmbH;
Bericht Herr Thorsten Schmitz, Geschäftsführer der BILDUNG+LERNEN gGmbH |
| Punkt 3 | Organisationsuntersuchung "Leistungen und Hilfen bei Behinderungen" im Sachgebiet 50.3;
Bericht der Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung GmbH (con_sens), Hamburg |

- Punkt 4** 184/18 Konzept zum „Individuellen Fallmanagement -Pflegeassessment: Ambulante vor stationäre Pflegeleistungen nach § 65 SGB XII (WOS - strategischer Schwerpunkt)
- Punkt 5** 187/18 Globalzuwendung zur Förderung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege
- Punkt 6** 176/18 Neufassung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe im Kreis Unna (Delegationssatzung)
- Punkt 7** 180/18 Produkthaushalt 2019 - Budget des Fachbereiches Arbeit und Soziales; Bereich Soziales
- Punkt 8** 178/18 Produkthaushalt 2019 - Budget Gleichstellung
- Punkt 9** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 10** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

- Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

- Punkt 2 Vorstellung des Inklusionsprojektes "NeuEinstellung" der Arbeiterwohlfahrt (AWO) BILDUNG+LERNEN gGmbH;
Bericht Herr Thorsten Schmitz, Geschäftsführer der BILDUNG+LERNEN gGmbH**

Erörterung

Herr Schmitz und Frau Nürnberger erläutern das Inklusionsprojekt „NeuEinstellung“ anhand einer Präsentation (Anlage 1).

Herr Mendyk teilt mit, dass er eine Mitarbeiterin mit Down-Syndrom eingestellt habe. Entstanden sei das Arbeitsverhältnis durch die Zusammenarbeit mit BILDUNG+LERNEN. Begonnen habe die Einstellung mit einem Schnupper-Praktikum, dem dann ein einjähriges Praktikum gefolgt sei. Die Mitarbeiterin sei eine ungelernte Kraft gewesen und während ihres Praktikums durch einen Begleiter angeleitet worden. Insgesamt betrachte er das Projekt sehr positiv und es hätte dem gesamten Unternehmen Freude bereitet. Nach einem

Herr Göpfert führt unter Bezugnahme auf eine von Herrn Meyer gestellte Nachfrage aus, dass eine Arbeitsgruppe die Benchmarking-Werte von NRW-Kommunen (kreisfreie Städte) betrachtet hätte. Aber die Situation eines Kreises mit einer kreisfreien Stadt sei auch nur bedingt vergleichbar. Dennoch habe man diese Werte dem Abschlussbericht als Anlage beigefügt.

Des Weiteren teilt Herr Göpfert mit, dass man sich im Rahmen von Workshops, unter Anleitung von con_sens, und unter Einbeziehung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie des Steuerungsdienstes (FD 10), dieser Thematik genähert hätte, um ein tragfähiges Ergebnis abliefern zu können. Das Ergebnis, das auf 2,6 Stellen Mehrbedarf hinauslaufen werde, solle sich im Stellenplan wiederfinden; beabsichtigt sei die Abbildung im Stellenplan 2020.

Herr Diekmännken ergänzt, dass die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) zuletzt vor ca. drei Jahren im Hause gewesen sei. Die damals zugrunde gelegte Datenbasis hätte sich auf das Jahr 2014 bezogen. Zu dem Zeitpunkt hätte man von einem Bundesteilhabegesetz noch nichts geahnt. Daher gebe es keine Zahlen der GPA, die zu Vergleichszwecken herangezogen werden könnten.

Herr Hüppe erklärt, dass vieles nicht mehr zutreffend sei, sobald es nur noch die Schulbegleiter gebe. Eine Stelle sei für die Hilfeplanung bestimmt. Er fragt nach, welche Hilfeplanung bei einem Schulbegleiter noch erforderlich sei.

Es bliebe nicht nur die Schulbegleitung, sondern auch die Leistungen zur sozialen und kulturellen Teilhabe sowie Wohnungsumbauten, so Frau Mantaj.

Herr Diekmännken sei erst kürzlich bei einer Arbeitsgruppe zum Thema Schulbegleitung gewesen, die den Landesrahmenvertrag Nordrhein-Westfalen verhandeln würde. Es gehe um die klassische Schulbegleitung, aber auch um die offene Ganztagschule. Das müsse ebenso verhandelt werden und sei Gegenstand eines Hilfeplanes. Der neue Aspekt sei die Personenzentrierung, es müsse ermittelt werden, welche Unterstützungsleistungen die betroffene Person in der Schule, am Nachmittag und in der Freizeit benötige. Das gelte für die gesamte Zeit in einer Regelschule.

Alle Leistungen für Kinder und Jugendliche bis zur Beendigung der ersten Schulausbildung, mit Ausnahme der Frühförderung, übernehme der Kreis, so Herr Göpfert. Die Leistungen nach Beendigung der Schulausbildung trage der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL).

Für ihn stelle die Schulbegleitung eine Eingliederungshilfe für eine bestimmte Zeit des Tages dar, so Herr Kampmann. In Fällen nach § 35 a SGB VIII sei es zwingend erforderlich, dass Schule und Jugendamt gemeinsam eine ordentliche Hilfeplanung erstellen. Dahinter stecke durchaus ein sehr hoher Aufwand.

Definitiv sollte man nicht heute sondern im nächsten Jahr zu den erforderlichen Stellen beraten und diskutieren, so Herr Piasecki.

Frau Chur bedankt sich bei Frau Mantaj für die Berichterstattung.

Punkt 4 184/18 Konzept zum „Individuellen Fallmanagement -Pflegeassessment: Ambulante vor stationäre Pflegeleistungen nach § 65 SGB XII (WOS - strategischer Schwerpunkt)

Erörterung

Frau Chur erinnert daran, dass diese Thematik bereits in der September-Sitzung im Jahr 2017 erörtert worden sei. Das zwischenzeitlich vorliegende Konzept zum individuellen Fallmanagement stellt Herr Eggert vor.

Herr Eggert berichtet anhand einer Präsentation (Anlage 3) und legt einen Informations-Flyer zur Mitnahme aus.

Auf Nachfrage von Herrn Stalz antwortet Herr Eggert, dass tendenziell Einsparungen hätten erzielt werden können. Gute Erfahrungen mache man in Soest, in Hamm und im Märkischen Kreis. Er weist darauf hin, dass man bewusst PG II und PG III einbezogen hätte; PG III betrachte man als Lernprozess. Er meine, dass man bei der ambulanten Versorgungsplanung bessere Quoten mit dem PG II erziele. Abschließend beantwortet er eine Verständnisfrage von Herrn Blom.

Frau Chur bedankt sich bei Herrn Eggert für die geleistete Arbeit und seine Berichterstattung. Es sei nicht einfach, die am Markt vorhandenen Akteure einzubeziehen. Die Thematik werde weiterhin begleitet und zukünftig würden entsprechende Erfahrungsberichte vorgetragen. Man gehe davon aus, dass die zu pflegenden Personen die Unterstützung erhielten, die erforderlich und notwendig sei, so Frau Chur.

Das Konzept zum „Individuellen Fallmanagement – Pflegeassessment: Ambulante vor stationäre Pflegeleistungen nach § 65 SGB XII (WOS – strategischer Schwerpunkt)“ wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5 187/18 Globalzuwendung zur Förderung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege

Beschluss

Dem Landrat wird empfohlen, auf der Grundlage des gemeinsamen Verwendungsnachweises vom 26.09.2018 der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände im Kreis Unna (s. Anlagen) die Fördermittel für das Jahr 2018 abschließend zur Auszahlung freizugeben.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (1 Enthaltung der CDU-Fraktion)

Punkt 6 176/18 Neufassung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe im Kreis Unna (Delegationssatzung)

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe im Kreis Unna in der Fassung vom 29.06.2011 wird neu gefasst und in der als Anlage beigefügten Fassung erlassen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 7 180/18 Produkthaushalt 2019 - Budget des Fachbereiches Arbeit und Soziales; Bereich Soziales

Erörterung

Herr Göpfert erläutert den Produkthaushalt 2019 – Budget des Fachbereiches Arbeit und Soziales, Bereich Soziales (FB 50), ausführlich anhand einer Präsentation (Anlage 4).

Der Produkthaushalt 2019, Budget des Fachbereiches 50, wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8 178/18 Produkthaushalt 2019 - Budget Gleichstellung

Erörterung

Frau Bierkämper-Braun teilt mit, dass das Budget Gleichstellung keine Veränderungen aufweise, die Ansätze für Geschäftsaufwendungen sowie für Aus- und Fortbildung seien gleichbleibend. Zusätzlich finde man gleichstellungsrelevante Haushaltspositionen in den Fachbereichen 50 - Arbeit und Soziales, 51 - Familie und Jugend und 53 - Gesundheit und Verbraucherschutz (siehe Anlagen zur Drucksache 178/18). Trotz erschwelter Rahmenbedingungen durch ein gekürztes Budget sowie der personellen Ausstattung, hätte sie die Gleichstellungsaufgaben kontinuierlich fortführen können. Sie weist darauf hin, dass, um Gleichstellungsaufgaben nach dem Landesgleichstellungsgesetz umfänglich und dauerhaft erfolgreich durchführen zu können, ein angemessenes Budget sowie eine angemessene personelle Ausstattung erforderlich seien. Im Rahmen der Arbeit des „Runden Tisches gegen häusliche Gewalt“, in Kooperation mit der Gleichstellungsstelle der Kreisstadt Unna sowie der Frauen- und Mädchenberatungsstelle, sei eine umfängliche, in 21 Sprachen aufgelegte, Informationsbroschüre über häusliche Gewalt herausgegeben worden; mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren. Das hätte im Grunde nur eine Spende der Sparkasse UnnaKamen ermöglicht. Adressaten dieser Broschüre seien Krankenhäuser und Arztpraxen. Zum „Equal-Pay-Day“ sei, in Kooperation mit den anderen Gleichstellungsbeauftragten, ein Bus der VKU entsprechend ausgestattet worden. Ebenso hätte es ein Quiz gegeben, mit dem verstärkt junge Menschen angesprochen worden seien. Bei der Kreisverwaltung hätte ein Selbstbehauptungskurs stattgefunden, den es auch 2019 wieder geben werde. Auch die jährliche Frauenversammlung hätte erfolgreich durchgeführt werden können. Im Demokratiejahr 2019 werde das 100jährige Wahlrecht der Frauen aufgegriffen, so Frau Bierkämper-Braun. Dazu finde eine Veranstaltung, speziell für aktuelle und ehemalige weibliche Kreistagsmitglieder, statt. Ebenso finde 2019 eine Sondersitzung zu Themen der Gleichstellung statt. Sie halte es für wichtig, dass die Gleichstellungsarbeit auch politisch begleitet werde.

Der Produkthaushalt 2019, Budget Gleichstellung, wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Anträge des Frauenforums im Kreis Unna e.V.

Herr Göpfert bezieht sich auf die im Spätsommer eingereichten Anträge des Frauenforums. Darin gehe es um eine zusätzliche finanzielle Unterstützung von drei Stellen, die bislang über das Bundesprogramm

„Soziale Teilhabe“ dem Frauenforum angegliedert worden seien. Er habe sich mit Frau Unger (geschäftsführender Vorstand) darauf geeinigt, diese Anträge zunächst nicht politisch zu beraten; das Gesetzgebungsverfahren zum SGB II abwartend. Parallel dazu werden Herr Ringelsiep (Geschäftsführer Jobcenter Kreis Unna) und er Gespräche mit Frau Unger führen. Dabei werde erörtert, in welcher Form das Frauenforum Bedarfe hätte und ob diese aus Mitteln der Arbeitsverwaltung gedeckt werden könnten. Eventuell würden die gestellten Anträge nach dem Gespräch gegenstandslos, anderenfalls würden sie in die nächste Sitzung dieses Gremiums eingebracht.

2. Fachtag des Netzwerkes „Wegen der Ehre“ am 28.11.2018

Frau Bierkämper-Braun teilt mit, dass das Netzwerk „Wegen der Ehre“ am 28.11.2018 einen Fachtag zum Thema „Drohende Zwangsverheiratung erkennen und richtig handeln“ durchführe. Auch wenn der Anmeldestichtag bereits verstrichen sei, könne man sich bei Interesse noch anmelden; entsprechende Flyer liegen zur Mitnahme aus.

3. Internationaler Gedenktag gegen Gewalt an Frauen am 25.11.2018

Frau Bierkämper-Braun teilt mit, dass beim Kreis Unna am Gedenktag gegen Gewalt an Frauen am 25.11.2018 die Fahnen gehisst würden; der Kreis Unna solidarisiere sich bereits seit 2001.

4. Broschüre „30 Jahre Schuldnerberatung“ – Weihnachtsbasar des VeBU e.V. am 24.11.2018

Frau Chur weist auf eine zur Mitnahme ausgelegte Broschüre zum 30jährigen Jubiläum der Schuldnerberatung hin. Des Weiteren macht sie auf eine Einladung zum Weihnachtsbasar am 24.11.2018 des Vereins für Betreuung und Unterstützung von Menschen mit Behinderung und deren Familien (VeBU e.V.) aufmerksam.

Anlagen

1. Präsentation „Inklusionsprojekt NeuEinstellung“ – Bericht Frau Nürnberger, Herr Schmitz und Herr Mendyk
2. Präsentation „Organisationsuntersuchung im Sachgebiet 50.3“ – Bericht Frau Mantaj
3. Präsentation „Individuelles Fallmanagement“ – Bericht Herr Eggert
4. Präsentaton „Haushalt 2019 – Budget 50“ – Bericht Herr Göpfert

gez. Birgit Diers
Schriftführerin

gez. Angelika Chur
Vorsitzende